

Bern, 22.09.2005

Sekretariat 031 322 26 55
Direktwahl 031 322 26 64
Fax 031 323 02 63
Referenz bru

Protokoll der 10. Sitzung der Kommission Hochbau und Investitionskredite

Datum Donnerstag, 22. September 2005
Ort Kant. Amt für Landschaft und Natur, Abteilung Landwirtschaft, Kaspar Escher-Haus, Neumühlequai 10, 8001 Zürich, Sitzungszimmer 594 (5. Stock)
Zeit 09.15 Uhr
Vorsitz Beat Looser (loo)
Protokoll Samuel Brunner (bru)
Anwesend HP. Caduff (cad) / JP. Eggenschwiler (egg) / M. Ender (end) / W. Hinder (hin) / F. Hofer (hof) / J. Winkler (win)
Entschuldigt U. Schluop (sch) / H. Stürmlin (stü)
Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 10. Juni 2005 Loo
2. Aktuelles aus dem BLW Bru
3. Vernehmlassung AP 2011 alle
4. Verschiedenes

Traktanden / Beschlüsse	Wer / Termin
1. Protokoll der Sitzung vom 10.06.2005 Das Protokoll wird genehmigt. Die AG Vereinfachungen wurde nach der Sitzung vom 16.06.2005 aufgelöst. Die Resultate wurden an der VSVAK-Tagung in Aarau präsentiert. Allgemein konnte festgestellt werden, dass die Zusammenarbeit mit dem BLW gut ist. Verbesserungsvorschläge können laufend direkt an das BLW gemacht werden oder zu einem späteren Zeitpunkt wieder in unserer Kommission thematisiert werden.	Alle
2. Aktuelles aus dem BLW Bru orientiert: <ul style="list-style-type: none">- Die Botschaft zur AP 2011 konnte fristgerecht vom Bundesrat am 14.09.2005 verabschiedet werden.- In Absprache mit dem Gewerbeverband (Dr. Rud Horber) wurde bei der SHL (Marco Genoni, Mirjam Bregy und Martin Raaflaub) eine Studie in Auftrag gegeben zum Thema „Untersuchung zur Gewerbeneutralität“. Der Gewerbeverband macht auf verschiedenen Ebenen Druck, dass keine gemeinschaftlichen Massnahmen zur Verarbeitung, Lagerung und Vermark-	

tung mehr unerstützt werden können, sofern nicht auch Gewerbebetriebe, welche landwirtschaftliche Produkte verarbeiten auch in den Genuss der Investitionshilfen kommen.

Aktivitäten (u.a.):

- Motion Triponez Nr. 04.3314
- Aussprache Gewerbeverband und BLW im Vorsommer 2005
- Aussprache mit BR Deiss am 28.09.05 mit Vertretern des Gewerbeverbandes und Fromarte

Ziele vom Gewerbeverband:

- Gleichstellung Landwirtschaft und Gewerbe, allenfalls Abschaffung der Förderung der gemeinschaftlichen Hochbau-Massnahmen
- Gleichstellung mit Förderung im Rahmen der GAP - 2. Säule

Es ist wichtig, dass wir die Projekte korrekt abwickeln, damit der Gewerbeverband keine Angriffspunkte hat. Interessant war, dass auf eine Aufforderung des Gewerbeverbandes im August 2005 innerhalb der vorgegebenen Frist von ihren Mitgliedern keine konkreten Fälle gemeldet wurden.

- Von gewissen Stellen besteht weiterhin ein starker Druck zur Reduktion der Schutzbestimmungen im BGG (totale Liberalisierung der Bestimmungen im öffentlich-rechtlichen Bereich). Bei den Eingaben zur AP 2011 ist es wichtig, dass die Notwendigkeit des BGG auch erwähnt wird (und nicht nur die Mängel kritisiert werden).
 - Es besteht eine Arbeitsgruppe BUWAL mit Kantonsvertretern zur Neuregelung von Anhang 80.4 UVPV → UVP – Pflicht für Anlagen zur Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere. Es ist wichtig, dass die vorgesehene Umfrage bei den Kantonen im Oktober 05 nicht nur von den Umweltschutzfachstellen behandelt werden.
 - Mitteilung von Anfragen zu speziellen Fällen an das BLW → Rundmail an alle kantonalen Amtsstellen. Die ASV ist zur Zeit nicht gewillt und in der Lage der Anregung der Kommission Hochbau und IK vom 9.11.2004 resp. 10.06.2005 nachzukommen. Begründungen:
 - Um Anfragen und ihre Beantwortung per Mail an alle Amtstellen zu schicken, müssten diese zusätzlich bearbeitet werden, weil die Namen weggelassen werden müssten (Datenschutz); jede Anfrage eine Vorgeschichte hat, die nicht oder nur teilweise im Mailverkehr erscheint; die Mails übersetzt werden müssten.
 - Für die Aufarbeitung fehlen die notwendigen Kapazitäten.
 - Ein Spezialfall bleibt ein Spezialfall
- Wichtige Mitteilungen zum Vollzug sind den Weisungen, den Kreisschreiben oder allfällig den Mitteilungen an der VSVAK-Tagung zu entnehmen.

Die Kommission nimmt die Haltung zu den Rundmails ohne Begeisterung zur Kenntnis.

<p>3. Vernehmlassung AP 2011</p> <p>Der Präsident dankt dem BLW für die gute und sorgfältig ausgearbeitete Vernehmlassungsunterlage zur AP 2011.</p> <p>Die Aufarbeitung der Eingaben erfolgt auf Grund der Vernehmlassungsunterlagen sowie den gut vorbereiteten Tabellen des Präsidenten.</p> <p>Allgemeines:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Von den fünf Handlungsachsen der AP 2011 wird Kenntnis genommen und diese werden im Grundsatz akzeptiert. - Es wird festgestellt, dass die Ausgestaltung der Direktzahlungen kaum zum notwendigen Strukturwandel beitragen. Vielmehr wird versucht, der Strukturwandel mit den Strukturverbesserungen und v.a. mit dem BGBB zu fördern. Bei den Direktzahlungen sollten Massnahmen, welche den Strukturwandel hindern, wie beispielsweise die Anforderungen an Personengemeinschaften zur Umgehung der Altersgrenze, verschärft werden. Durch diese „Zweckgenerationengemeinschaften“ wird eine Verpachtung des Betriebes hinausgezögert oder verhindert. - Bei der Verteilung der Mittel sollte sorgfältig auf eine Ausgewogenheit der Mittelzuteilung für Strukturverbesserungen und Direktzahlungen geachtet werden. Die Mittel aus der Marktstützung sollten vermehrt den Strukturverbesserungen zur Verfügung gestellt werden. <p>Vernehmlassung Änderung im LwG</p> <p>→ siehe Tabelle im Anhang</p>	
<p>4. Verschiedenes</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bis zur nächsten Sitzung sollen sich alle noch vertieft mit der Vernehmlassungsunterlage befassen. Dabei sollen auch die anderen Bereiche angeschaut werden, welche unsere Arbeit direkt oder indirekt beeinflussen, v.a. BGBB. - Es wäre wünschbar, wenn die Studie von Dr. Beat Meier zur Belehnungsgrenze für alle verfügbar wäre. Bru klärt die Öffentlichkeit dieser Studie ab. - Es wäre wünschbar, wenn alle Amtstellen mindestens ein Exemplar der Druckversion zur AP2011 direkt erhalten könnten. - Nächste Sitzung: Dienstag, 18. Oktober 2005, 09.15 Uhr in Zürich 	<p>Alle</p> <p>Bru</p> <p>Bru</p> <p>Alle</p>

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr

Für das Protokoll
Samuel Brunner

Beilagen: - Tabelle Vernehmlassung AP 2011